

**Beate Schneider, Dieter Stürzebecher: Wenn das Blatt sich wendet.
Die Tagespresse in den neuen Bundesländern**

Baden-Baden: Nomos 1998 (Düsseldorfer Kommunikations- und Medienwissenschaftliche Studien, Band 1), 265 S., ISBN 3-7890-5083-0, DM 48,-

Einige Beobachter sprechen von „Quasi-Monopolen“. Die Autoren charakterisieren die Tagespresse in Ostdeutschland mit den Worten, es handele sich um „weitgehend monopolisierte Märkte“ (S.213). Mit diesen Begriffen wird das Dilemma der regionalen Abonnementpresse in den neuen Bundesländern benannt: Ein Markt, der diesen Namen verdient, hat sich trotz gravierender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umgestaltungen nie entwickelt. Es entstanden Pressestrukturen, „die denen längst vergangener DDR-Zeiten weitaus mehr ähneln als denen in der alten Bundesrepublik“ (S.210). Titelvielfalt war in den meisten Städten und Landkreisen nur eine kurze Durchgangsstation der Jahre 1990 und 1991. Gewinner und Verlierer lassen sich eindeutig benennen: Die einstigen SED-Bezirkszeitungen sind – inhaltlich gewendet und von westdeutschen Verlagen übernommen – entweder als Alleinanbieter oder als drückend überlegener Anbieter tätig. Von der Regionalpresse der DDR-Blockparteien CDU, LDPD und NDPD sind nur Spurenelemente übrig geblieben. Die meisten während der Wende neu gegründeten Tageszeitungen existieren – egal, ob sie aus der Bürgerbewegung hervorgingen oder von Westverlagen etabliert wurden – längst nicht mehr.

In ihrem Buch bündeln die Autoren zahlreiche Einzelstudien über den ostdeutschen Pressemarkt seit der Wende im Herbst 1989. Dabei bedienen sie sich überwiegend der am westdeutschen Pressesystem bewährten Methoden der Struktur- und Konzentrationsforschung. Fünf Stichtagssammlungen zwischen April 1991 und 1. Oktober 1996 belegen den Schwund von 58 auf nur noch 29 publizistische Einheiten innerhalb von fünf Jahren (S.97). Die Zahl der Verlage sank im selben Zeitraum von 67 auf 39 (S.91). Zahlreiche Tabellen zur Zahl redaktioneller Ausgaben, zu Ein-Zeitungs-Kreisen, zu Auflagenentwicklung, Leserichte und Marktanteilen erhärten die traurige Bilanz.

Besonders ausführlich – und hier liegt ein neuer Akzent in der Konzentrationsforschung – widmen sich die Hannoveraner Forscher der Preisgestaltung der Verlage. Dort, wo es zunächst noch Konkurrenten gab, setzten die überlegenen Verlage „Kampfpreise“ ein, um ihre Mitbewerber zu verdrängen. Die Preisdifferenzen zwischen billigster und teuerster Ausgabe eines Blattes überstiegen in den neuen Bundesländern das aus Westdeutschland geläufige Maß bei weitem. So kostete etwa

im Februar 1995 die in Magdeburg erscheinende *Volksstimme* im größten Teil ihres Verbreitungsgebietes monatlich 17,50 DM. In der Altmark, wo es einen Konkurrenten zu verdrängen galt, war sie bereits für sieben Mark zu haben.

Für den in Deutschland einmaligen Konzentrationsprozeß machen Schneider und Stürzebecher mehrere Faktoren verantwortlich. An erster Stelle stehen die Verkaufsentscheidungen der Berliner Treuhandanstalt vom April 1991. Sie zementierten die Überlegenheit der einstigen SED-Bezirksorgane. Zwar hielten sich die Käufer der Blätter – westdeutsche Großverlage allesamt – nicht an die in den Kaufverträgen enthaltene Goodwill-Klausel. (Sie verpflichtete die Verlage zu Wohlverhalten gegenüber den unterlegenen Mitbewerbern.) Verstöße gegen diese Klausel wurden jedoch nicht geahndet.

Der besondere Wert der Studie liegt darin, daß sie nicht nur die ostdeutsche Presseentwicklung rekonstruiert. Sie beschreibt bereits erfolgte und zu erwartende Rückwirkungen des dort stattgefundenen Konzentrationsprozesses auf den westdeutschen Markt. So ist etwa Gruner + Jahr, jahrzehntelang ein Zeitschriften-Verlag, dank der Treuhand-Entscheidungen in ganz Deutschland zu einem wichtigen Anbieter von Tageszeitungen geworden. Die in den neuen Ländern sehr erfolgreiche Strategie mit gespaltenen Verkaufspreisen könnte dieses Instrument auch für westdeutsche „Marktberichtigungen“ attraktiv erscheinen lassen. Zudem sank – unabhängig von der jeweiligen Wettbewerbssituation – die durchschnittliche Auflage der ehemaligen SED-Regionalblätter zwischen 1989 und 1996 um ein Drittel. Einige traditionell der Lokal- und Regionalpresse vorbehaltene publizistische Leistungen werden in Ostdeutschland zunehmend von Anzeigenblättern, lokalen Amts- und Mitteilungsblättern, Stadtmagazinen oder vereinzelt vom Lokalfernsehen erbracht. Möglicherweise ist hier das ostdeutsche Kauf- und Leseverhalten der westdeutschen Entwicklung einen Schritt voraus.

Eine anhand der westdeutschen Pressegeschichte gewonnene Erkenntnis steht in Ostdeutschland noch aus. Gemeinhin folgen Verbreitungsgebiete von Lokalzeitungen den Verwaltungsstrukturen. In Ostdeutschland wurden im Oktober 1990 die Bezirke zugunsten der Länder abgeschafft. Bis heute orientieren sich die „Kommunikationsräume“ der Regionalpresse jedoch an den einstigen Bezirksgrenzen. Ein bleibendes Rätsel der Pressetopographie – und möglicherweise ein wachsender Wettbewerbsnachteil gegenüber amtlichen Mitteilungen und Anzeigenblättern.

Leider kommen in der außerordentlich wertvollen Studie die Leser etwas zu kurz; nur im Fazit (S.207ff.) werden sie erwähnt. So ist das Urteil zwar plausibel, daß die 1990 neu gegründeten Blätter „auf politisch vorbelastete Zeitungen trafen, die sich gegenüber den Lesern diskreditiert hatten“ (S.147). Doch ob die SED-Bezirkspresse bei ihren Abonnenten tatsächlich ein so verheerendes Image besaß, wird sich mangels empirischer Arbeit während der Wende nie klären lassen.

Rolf Geserick (Münster)